



Kerstin Bogusch

## Die Einbeziehung der Rechtsgüter von EU-Mitgliedstaaten in den Schutzbereich deutscher Straftatbestände

Beiträge zum Internationalen und Europäischen Strafrecht, Band 29

286 Seiten, 2017

Print: <978-3-428-14969-8> € 89,90

E-Book: <978-3-428-54969-6> € 79,90

Print & E-Book: <978-3-428-84969-7> € 107,90

Der EuGH hat dem in Art. 4 Abs. 3 EUV normierten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit die Pflicht der EU-Mitgliedstaaten entnommen, ihr nationales Strafrecht in den Dienst der EU zu stellen, um die europäischen Rechtsgüter zu schützen und damit die strafrechtliche Assimilierungspflicht der EU-Mitgliedstaaten gegenüber der EU formuliert. Die Autorin untersucht, inwieweit die EU-Mitgliedstaaten dementsprechend zum strafrechtlichen Schutz ihrer Rechtsgüter auf mitgliedstaatlicher Ebene im Sinne einer wechselseitigen strafrechtlichen Assimilierungspflicht verpflichtet sein können und die Rechtsgüter der anderen EU-Mitgliedstaaten insoweit in den Schutzbereich deutscher Straftatbestände einzubeziehen sind. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit die EU-Mitgliedstaaten zum wechselseitigen strafrechtlichen Schutz ihrer Allgemeinrechtsgüter verpflichtet, wobei zwischen den kollektiven und den staatlichen Allgemeinrechtsgütern zu unterscheiden ist.

### Inhalt

#### 1. Einführung — 2. Gang der Untersuchung

3. Zum Untersuchungsobjekt: Das Rechtsgut und seine Bedeutung für das deutsche Strafrecht — Arten von Rechtsgütern — Die Bestimmung der Auslandseigenschaft eines Rechtsguts

4. Der Schutz ausländischer Rechtsgüter durch das deutsche Strafrecht. Grundsätze: Die Bedeutung des transnationalen Strafrechts (§§ 3 ff. StGB) — Ausgangspunkt: Der originäre innerstaatliche Bezug des deutschen Strafrechts — Traditionelle Grundsätze zur Schutzbereichsbestimmung deutscher Strafvorschriften — Der Grundsatz der individuellen Auslegung

5. Die ausdrückliche Einbeziehung ausländischer Rechtsgüter in den Schutzbereich deutscher Straftatbestände: Ausdrückliche Schutzbereichserweiterungen deutscher Straftatbestände auf ausländische Allgemeinrechtsgüter — Ausdrückliche Schutzbereichserweiterungen deutscher Straftatbestände auf Allgemeinrechtsgüter der EU-Mitgliedstaaten

6. Der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit i.S.d. Art. 4 Abs. 3 EUV als unionsrechtliche Grundlage einer wechselseitigen strafrechtlichen Assimilierungs-

pflicht der EU-Mitgliedstaaten: Einführung in den Regelungsgehalt des Art. 4 EUV — Art. 4 Abs. 3 EUV. Der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit — Der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit i.S.d. Art. 4 Abs. 3 EUV als Grundlage einer wechselseitigen strafrechtlichen Assimilierungspflicht der EU-Mitgliedstaaten? — Erforderlichkeit einer wechselseitigen strafrechtlichen Assimilierungspflicht der EU-Mitgliedstaaten zur Erfüllung ihrer strafrechtlichen Assimilierungspflicht gegenüber der EU?

7. Strafanwendungs- und strafverfahrensrechtliche Folgen der wechselseitigen strafrechtlichen Assimilierungspflicht der EU-Mitgliedstaaten: Die Beschränkung des nationalen Strafanwendungsrechts der EU-Mitgliedstaaten zur Vermeidung positiver Jurisdiktionskonflikte? — Die Ausdehnung des nationalen Strafanwendungsrechts als Konsequenz der wechselseitigen strafrechtlichen Assimilierungspflicht der EU-Mitgliedstaaten — Der Grundsatz »ne bis in idem« als Lösungskonzept für positive Kompetenzkonflikte zwischen den EU-Mitgliedstaaten

8. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung  
Literatur- und Sachverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · [werbung@duncker-humblot.de](mailto:werbung@duncker-humblot.de) · [verkauf@duncker-humblot.de](mailto:verkauf@duncker-humblot.de)

[www.duncker-humblot.de](http://www.duncker-humblot.de)